



Entwicklungspolitische Friedensarbeit: Wechselvolle Karriere – Rosige Zukunft?

**FriEnt
Berichte 2011-2012**

➤ Verankerung unterstützen

Frieden und Entwicklung sind untrennbar miteinander verbunden. Bei den zunehmenden Landkonflikten springt dies besonders in Auge, die konstruktive Rolle von Bildung bei der Prävention und Transformation von Gewaltkonflikten ist ein anderes Beispiel. Fragen des Mainstreamings sind daher weiterhin aktuell. Im Rahmen des FriEnt-Jubiläumsjahres 2011 haben wir uns der Lücke von Wissen und Umsetzung im Bereich der Querschnittsverankerung gewidmet und sind auf eine Reihe von Herausforderungen gestoßen. Darauf aufbauend haben sich die FriEnt-Mitglieder in den Themenschwerpunkten Bildung, Land und Menschenrechte mit der Verankerung der Themen Friedensförderung und Krisenprävention auseinandergesetzt.

Um die Jahrtausendwende gab es ein Momentum: Die Lehren aus Ruanda und den Kriegen auf dem Balkan führten zur gesicherten Erkenntnis, dass Entwicklung niemals „konfliktneutral“ sein kann. Im Gegenteil: Entwicklungsprozesse haben auch immer Verlierer und können Konflikte verschärfen. Spätestens jetzt war klar: Krisenprävention sowie sozio-ökonomische und politische Konfliktursachen müssen zur Liste der entwicklungspolitischen Querschnittsthemen hinzugefügt werden. Die EU hat sich darauf im Göteborger-Programm verpflichtet, der Entwicklungsausschuss der OECD entwickelte entsprechende Leitlinien und auch auf UN-Ebene gab es reichlich Bewegung – und letztlich führten diese Entwicklungen auch zur Gründung von FriEnt im Jahr 2001.

10 Jahre später haben wir im Rahmen unseres Jubiläumsjahres auf die sich anschließende – wechselvolle – Karriere von entwicklungspolitischer Friedensarbeit zurückgeblickt. In mehreren Workshops, Fachgesprächen, einer öffentlichen Podiumsdiskussion

und im Rahmen einer achtteligen Essay-Serie diskutierten Expertinnen und Experten über beachtliche Erfolge – wie die Entwicklung von Instrumenten zur konflikt-sensiblen Beobachtung, Planung und Evaluierung von Entwicklungsprojekten – sahen aber gleichzeitig noch einige Baustellen bei der Integration von Friedensförderung in klassische Sektoren der Entwicklungszusammenarbeit. Woran liegt das?

Der Versuch einer Begründung beginnt elf Tage nach der offiziellen Gründung von FriEnt. Nach den Ereignissen vom 11. September 2001 wurde der Sicherheitsbegriff neu justiert. Interventionen in (Post-)Konfliktsituationen wurden zunehmend im Rahmen des „Sicherheits-Entwicklungs-Nexus“ analysiert. Integrierte Ansätze, „whole of government“, „vernetzte Sicherheit“, „zivil-militärische Zusammenarbeit“ – viele neue Begriffe wurden geprägt, um das Zusammenwirken außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischer Akteure in fragilen und von Konflikten betroffenen Ländern zu beschreiben. Neue Arbeits-

felder und Ansätze – wie die Unterstützung von Reformen im Justiz- und Sicherheitssektor, Demobilisierungs- und Reintegrationsprogramme – und ein starker Fokus auf Institutionen kamen für die Entwicklungszusammenarbeit hinzu.

Seitens der Entwicklungszusammenarbeit wuchs gleichzeitig die Sorge vor einer sicherheitspolitischen Vereinnahmung. Langfristig angelegte Ansätze sollten nicht einer kurzfristigen Logik unterworfen werden. Früh wurden außerdem Stimmen einer Überforderung laut. Entwicklungspolitische Friedensarbeit geriet dabei zunehmend in den Verdacht, Deckmantel für sicherheitspolitische Interessendurchsetzung zu sein. Weniger Raum blieb für das Nachdenken über eine Konkretisierung der eher vage formulierten „strukturellen Prävention“ und der sektorspezifischen Querschnittsverankerung – und damit auch über die eigenständigen Beiträge von Entwicklung für Frieden.

Langsam aber sicher wendet sich jedoch das Blatt. Das Potential klassischer entwicklungspolitischer Handlungsfelder – wie Bildung, Gesundheit oder Land – für Friedensförderung und Krisenprävention gerät in der internationalen Debatte wieder zunehmend in den Blick. Nicht nur im Sinne einer Friedensdividende, sondern vor allem hinsichtlich ihrer konstruktiven Rolle für sozialen Zusammenhalt und konstruktive Staats-Gesellschaftsbeziehungen.

„Punktuelle Fortschritte“

Interview mit Dr. Wolfgang Heinrich, Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst

Mal ehrlich: Querschnittsverankerung ist doch abgeschlossen. Muss es nicht vielmehr um die Stärkung von Krisenprävention und Friedensförderung als eigenständiges Politikfeld gehen?

Nein, ich glaube nicht, dass die Querschnittsverankerung abgeschlossen ist. Effektive Querschnittsverankerung umfasst drei Dimensionen: zum einen ist „Verstehen“ notwendig: das Erkennen einer Herausforderung, ihre systematische Analyse und das Erarbeiten von Konzepten und Strategien. Dieser Schritt, da stimme ich zu, ist in vielen Organisationen abgeschlossen. Aber dann muss das „Verstehen“ in „Handlungen“ übersetzt werden. Da sehe ich allenfalls punktuelle Fortschritte. Sehr oft stellt man fest, dass die durchaus fundierten Konzepte zwar in Planungsdokumenten erwähnt werden, vielleicht auch deren Sprache übernommen wird, aber die konkrete Praxis hat sich in vielen Fällen nicht geändert. Und schließlich müssen die Erfahrungen institutionell verankert werden. Auch hier sehe ich eher punktuelle Fortschritte.

Was sind denn dann die größten Herausforderungen auf staatlicher wie zivilgesellschaftlicher Seite für eine effektive Querschnittsverankerung?

Nach meinem Eindruck ist die größte Herausforderung die Tatsache, dass Organisationen auf eine Vielzahl von Problemen und Impulsen reagieren müssen. Nicht nur Friedensförderung soll verankert werden, auch auf andere Anforderungen müssen oder wollen Organisationen eingehen. Nicht zuletzt absorbieren steigende Anforderungen an bürokrati-

tische Prozeduren, Forderungen nach Effektivitäts- und Effizienzsteigerungen, komplexer werdende Berichtsanforderungen sehr viel Energie und Aufmerksamkeit. Außerdem erfordert jede Verankerung einer Methode oder eines Aufgabenbereichs zusätzliche Kapazitäten in Form von Personal und Mitteln. Die gleichzeitig empfundene Notwendigkeit, auf aktuelle Ereignisse und Entwicklungen reagieren zu müssen, setzt „mainstreaming“ enge Grenzen.

Aber es kommt doch auf die Wirkung an! Wie will man denn den Erfolg konfliktensibler Arbeit messen und wo sind da die Schwierigkeiten?

Die Diskussion über konfliktensible Entwicklungsarbeit hat erfreulicher Weise Spuren hinterlassen. Es liegt viel Wissen vor, das in der aktuellen Debatte über die Einschätzung von intendierten und nicht intendierten Wirkungen aufgegriffen werden kann – und vielfach bereits wird. Hier tragen insbesondere Strukturen wie FriEnt bei, indem sie Wissen



◀ Blick zurück nach vorn: Dr. Dan Smith (International Alert), Prof. Dirk Messner (DIE), Andrea Böhm (Die Zeit), Dr. Agnes Abuom (TAABCO) und Prof. Winrich Kühne (Johns Hopkins Universität) bei der Podiumsdiskussion am 19. Oktober 2011 anlässlich 10 Jahren FriEnt. Foto: Thomas Ecke

aus sehr verschiedenen Organisationen zusammentragen, systematisch aufarbeiten und den Organisationen damit viel Arbeit abnehmen. Eine große Schwierigkeit ist, dass wir gerade im Bereich der Konfliktbearbeitung und Friedensförderung Wirkungen erst in langen Zeiträumen wirklich beschreiben können und dass es keine Blaupausen gibt, nichts, was sich übertragen ließe. Und schließlich zielt entwicklungspolitische Friedensarbeit darauf ab, Kernbereiche gesellschaftlicher Beziehungen zu verändern. Hier wirken aber zugleich sehr viele Akteure und Faktoren ein, so dass die Zuordnung von Veränderungen zu bestimmten Maßnahmen oder Akteuren besonders komplex ist.



Bildung: Ambivalente Schlüsselrolle für Entwicklung und Frieden

Bildung spielt eine Schlüsselrolle für die Prävention und Transformation von Gewaltkonflikten. Aber wie genau sieht diese Rolle aus, wenn die Ursachen für Gewaltkonflikte oftmals im Zusammenspiel mit anderen Bereichen liegen – Bildung aber von den Auswirkungen betroffen ist? Heute wissen wir, dass Bildung eine vielschichtige Rolle spielt: Sie kann sowohl Teil des Problems sein als auch zur Reduktion der Ursachen von Gewaltkonflikten beitragen.

Dabei ist ein funktionierendes Bildungssystem nicht gleichbedeutend mit einem friedensfördernden Bildungssystem. Bildung kann gesellschaftliche Konflikte verschärfen, zum Beispiel durch einen ungleichen Zugang verschiedener sozialer Gruppen zu Bildungseinrichtungen, als Instrument zur kulturellen Unterdrückung oder durch manipulierende Bildungsinhalte.

Die Beispiele sind vielfältig: So kam es in Mazedonien lange vor dem bewaffneten Konflikt im Jahr 2001 zu gewaltsamen Protesten, weil der albanischen Minderheit der Zugang zu höherer Bildung weitgehend verwehrt war. Ebenso können von Zwang geprägte Lernkulturen im schulischen Kontext die Anwendung von Gewalt außerhalb der Schule legitimieren und befördern.

Je nach Quantität, Zugang und Qualität von Bildungsangeboten kann aber auch die Bearbeitung und gewaltfreie Transformation von Konflikten unterstützt werden. Bildung kann dazu beitragen, Lehrern, Schülern, Eltern und Gemeinden Werte und Verhaltensweisen zu vermitteln, die zur Prävention und Reduzierung von Gewalt beitragen. Bildung kann zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts und zur verstärkten Partizipation aller gesellschaftlichen Gruppen an politischen Prozessen beitragen – wichtige Eckpfeiler für eine friedliche Entwicklung.

Vor diesem Hintergrund gehört – ob in der Prävention, während eines gewaltsamen Konflikts oder danach – die Verbreitung von Methoden und Instrumenten der Konfliktbearbeitung in der Bildungsarbeit, die konflikt sensible wie anpassungsfähige Ausgestaltung von Bildungssystemen und deren Wechselbeziehungen zu anderen gesellschaftlichen Transformationsprozessen zu den Hauptanliegen entwicklungspolitischer Friedensförderung.

Gemeinsam mit seinen Mitgliedern hat FriEnt den wechselseitigen Zusammenhang zwischen Bildung, Konflikt und Friedensförderung näher in den Blick genommen. Bei einem FriEnt-Fachgespräch im Juni 2011 fiel die Bilanz gemischt aus: „Die Relevanz und der substantielle Beitrag von Bildung im internationalen wie nationalen Diskurs hat an Bedeutung gewonnen. So ist das Wissen darüber, was Schaden kann, gewachsen. Die Anwendung von Prinzipien wie do-no-harm und Konfliktsensibilität ist in der Praxis aber weniger breit verankert“, so Dr. Klaus Seitz, Leiter der Abteilung Politik bei Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, bei einem FriEnt-Fachgespräch im Juni 2011. Und weiter: „Es überwiegt eine doppelte Vernachlässigung des Themas: In den Debatten um Peacebuilding und Statebuilding spielt Bildung allenfalls eine randständige Rolle. Gleichzeitig wird der Bedeutung von Gewaltprävention und Friedensförderung im entwicklungspolitischen Bildungsdiskurs zu wenig Beachtung geschenkt. Notwendig ist die systematische Verzahnung von Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Bildungsarbeit.“

Im Fokus müssen dabei Fragen nach Zielsetzung und Wirkung entwicklungspolitischer Bildungsförderung stehen: Zu welchen Veränderungen sollen und können Bildungsvorhaben in fragilen und von Gewaltkonflikten geprägten Gesellschaften beitragen? Und bewähren sich unsere

Wirkannahmen bei oftmals generationenübergreifenden Transformationsprozessen in der Praxis?

Dr. Rüdiger Blumör, Fachplaner im Fach- und Methodenbereich Bildung, Gesundheit, Soziale Sicherung bei der GIZ, resümierte bei einem FriEnt-Fachgespräch im Dezember 2012: „Sensible gesellschaftliche Reform- und Transformationsprozesse und Teilhabemöglichkeiten an sozialen, politischen und ökonomischen Ressourcen einer Gesellschaft sind durch ein konfliktsensitives Bildungssystem ins Positive lenkbar und bieten Ansatzpunkte für die Förderung von Frieden, sozialem Zusammenhalt und Reduktion staatlicher Fragilität. Dafür ist bei Reformen im Bildungssektor in fragilen und von Gewaltkonflikten betroffenen Kontexten eine intensive Analyse des Konfliktkontextes und des Bildungssystems dringend geboten. Eine eingehende Analyse von Bildungssystemen kann dabei auch Auskunft über die Konfliktrisiken einer Gesellschaft geben. Erst dann rückt das ‚was‘ und ‚wie‘ in den Blick.“



⤴ Was ist Frieden? Friedenspädagogin bei der Arbeit.
Foto: Helge Bendel/Brot für die Welt

Friedenspädagogik: Verständnis und Rolle auf der Spur

Bildungspolitik und -einrichtungen haben einen großen Einfluss auf die Entwicklung von Identitäten und Verhalten und können individuelle Einstellungs- und Verhaltensänderungen bewirken. In der staatlichen und zivilgesellschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung hat daher die Rolle von Friedenspädagogik in der Prävention, Transformation und Nachbereitung von gewaltsamen Konflikten an Bedeutung gewonnen. Was ist Friedenspädagogik? Kann Frieden gelernt werden? Geht es um die Vermittlung von Wissen? Oder geht es um die Bildung von Einstellungs- und Handlungsfähigkeiten für den Umgang mit Konflikten?

FriEnt-Aktivitäten

Seit 2011 unterstützt FriEnt den Austausch über die Erfahrungen, Herausforderungen und Potentiale der Zusammenarbeit staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure in der formalen und non-formalen Bildungsarbeit und Friedensförderung in Konfliktkontexten. Seit März 2012 existiert eine Arbeitsgruppe Friedenspädagogik. Themen der Fachgespräche waren bisher:

- Die Schlüsselrolle von Bildung in der Friedensförderung (Juni 2011)
- Education building peace?! Wirkannahmen auf dem Prüfstand (Dezember 2012)

In einer neu eingerichteten Arbeitsgruppe moderiert FriEnt den Austausch der Mitglieder aus Theorie und Praxis zum Verständnis, den Potentialen und Grenzen von Friedenspädagogik. Für Heike Burba vom Zivilen Friedensdienst in der GIZ besteht der Mehrwert der Arbeitsgruppe darin, gemeinsame offene Fragen zu bearbeiten und zu einer Weiterentwicklung der Friedenspädagogik insgesamt beizutragen: „Innerhalb der FriEnt-Arbeitsgruppe bemühen wir uns um eine gemeinsame Klärung von Begriffen, Konzepten und Ansätzen, der Systematisierung von Erfahrungen und der Entwicklung von Kriterien und Indikatoren zur Wirkungsbeobachtung. Unsere Ansätze zur Förderung von Fähigkeiten oder Vermittlung von Wissen müssen zum jeweiligen Kontext passen.“

Ziel ist es aufzuzeigen, wie friedenspädagogische Ansätze zur Identitätsbildung und Wertevermittlung auf individueller Ebene in Konfliktkontexten systematisch in die Bildungsarbeit integriert und mit Ansätzen in formalen und non-formalen Bildungsbereichen verknüpft werden können.



Dorfkomitee in Nordkamerun, in dem Viehhalter und Ackerbauern gemeinsam langfristige Lösungen zur Vermeidung von Landkonflikten suchen. Foto: Erwin Geuder-Jilg/Misereor

Land als Friedensressource? Menschenrechte und Konfliktbearbeitung im Fokus

Klimawandel, Ernährungskrise, Energiekrise: Globale Probleme wie diese führen uns vor Augen, wie begrenzt die weltweiten natürlichen Ressourcen sind – und welches Konfliktpotential dies birgt. Kontinuierlich steigt der ökonomische Wert von Land und anderer Ressourcen wie Wasser, Wälder oder Fischgründe – gleichzeitig bilden diese Ressourcen die Lebensgrundlage für eine Mehrheit der lokalen Bevölkerung. Land hat also neben der trennenden, konfliktbeladenen Dimension auch ein verbindendes Potential der gemeinschaftlichen Nutzung und Wertschätzung.

Die Verteilung von Land spielt eine zentrale Rolle in vielen Konflikten und damit auch bei der Friedensförderung. Allerdings ist vielfach nicht klar, wie Land als friedensstiftende Ressource genutzt werden kann. Für eine armutsorientierte und gleichzeitig friedensstiftende Ausgestaltung der Landpolitik wäre es wichtig, Produktivkapital, Rechtsansprüche und politische Macht an arme und marginalisierte Gruppen zu übertragen, sie an wirtschaftlichen Gewinnen zu beteiligen und langfristig Lebensgrundlagen abzusichern. Landpolitiken müssen ferner historische Dimensionen einbeziehen, gendersensibel ausgerichtet und inklusiv sein.

Gleichzeitig stehen diese Friedenspotentiale von Land immer wieder in Frage, zum Beispiel durch zunehmende Agrarinvestitionen und den damit häufig verbundenen massiven Menschenrechtsverletzungen. Um den verantwortungsvollen Umgang mit Land zum Wohle der Bevölkerung zu verbessern, hat die Welternährungsorganisation FAO im Mai 2012 unter Beteiligung von Staaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie kleinbäuerlichen Vereinigungen ein internationales Rahmenwerk geschaffen. Von der Umsetzung dieser Freiwilligen Leitlinien zur verantwortungsvollen Verwaltung von Land, Fischgründen und Wäldern wird viel erwartet. Allerdings gibt es große Herausforderungen in Ländern, in denen rechts-

FriEnt-Aktivitäten

Wie Land als Friedensressource genutzt und ein konfliktsensibler Umgang mit natürlichen Ressourcen aussehen kann, stand im Mittelpunkt einer Reihe von FriEnt-Veranstaltungen:

„The Struggle over Land“ (Oktober 2011)

Resourcegrabbing in South-East-Asia (Dezember 2011)

Sicherung der Landrechte in Kambodscha (Juli 2012)

Landkonflikte in Indonesien – Was bieten die „Freiwilligen Leitlinien“ der FAO? (November 2012)

staatliche Mechanismen und politischer Wille fehlen. So wird etwa die Umsetzung in Indonesien stark davon abhängen, wie weit sich die lokale Zivilgesellschaft in der Landfrage engagieren und für die Respektierung und Sicherung von Landrechten der lokalen Bevölkerung gegen die Interessen von politischen Eliten und Investoren einsetzen kann.

Auch in Kambodscha stehen Landkonflikte und Menschenrechtsverletzungen auf der Tagesordnung. Lokale Landnutzende werden durch großflächige Landinvestitionen vertrieben. Die Heinrich-Böll-Stiftung (hbs) engagiert sich seit Jahren in Kambodscha und fordert die Einhaltung der Menschenrechte im Landsektor als Voraussetzung für soziale Inklusion und nachhaltigen Frieden. Petra Zimmermann, Regionalreferentin der hbs für Kambodscha, hebt hervor: „Die in Kambodscha vorherrschende Gewalt, insbesondere gegenüber Landvertriebenen und Personen, die sich für ihre Rechte einsetzen, ist eine der größten Herausforderungen für die Entwicklungszusammenarbeit. Land- und Wohnrechte vor allem für marginalisierte Gruppen müssen gesichert werden. Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure sind hier gefordert, die lokale Zivilgesellschaft, die sich für Menschenrechte und gewaltfreie Konfliktbearbeitung einsetzt und Reformen im Landsektor von ihrer Regierung fordert, tatkräftig zu unterstützen.“



Trauriger Spitzenplatz: Kolumbien gilt als Land mit den meisten Vertriebenen. Foto: gettyimages/AFP

Kolumbien: Hoffnung auf mehr Gerechtigkeit und Frieden

Die Menschen in Kolumbien haben durch den Beginn der Friedensverhandlungen zwischen kolumbianischer Regierung und der FARC-Guerilla im Oktober 2012 neue Hoffnung auf Frieden und Gerechtigkeit geschöpft. Gerade die ländliche Bevölkerung hat hohe Erwartungen an ein mögliches Friedensabkommen. Dass sich Regierung und Rebellen in einem ersten Schritt auf eine Landreform geeinigt haben, werten viele Beobachter als wichtige Errungenschaft. Doch entscheidend wird die Umsetzung sein. Hier könnte ein Blick auf die Schwierigkeiten bei der Umsetzung des im Juni 2011 verabschiedeten Gesetzes für Opfer und Landrückgabe helfen.

Die großen sozialen Unterschiede Kolumbiens, die Konzentration von Land, Konflikte um unterschiedliche Formen der Landnutzung, aber auch die staatliche Favorisierung eines Modells ländlicher Entwicklung, das auf den Ausbau der Agro-Industrie setzt, erschweren eine effektive Umsetzung des Gesetzes im Sinne der Opfer. Die Flucht aus Konfliktgebieten oder die direkte Vertreibung der Landbevölkerung zur gewaltsamen Aneignung ihres Bodens war und ist eng mit diesen Rahmenbedingungen und den bewaffneten Auseinandersetzungen verbunden. Vor allem die Widersprüche zwischen dem Opfer- und Landrückgabegesetz und der nationalen Landpolitik beeinträchtigen eine wirksame kohärente Politik für eine gerechte Landrückgabe und eine neue Perspektive für die kleinbäuerliche Bevölkerung.

Für die Opfer ist es bisher sehr schwierig, Land effektiv zurückzufordern. Bewaffnete Gruppen formieren sich gegen die Landrückgabe. Opfer, die Anzeige erstatten oder Anträge stellen und zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich für die Landrückgabe einsetzen, werden durch Stigmatisierung, Drohungen, Ermordungen und Zwangsumsiedlungen eingeschüchtert. Frauen, Indigene und Afrokolumbianer werden diskriminiert und ihre Ansprüche auf Rückführung oft nicht anerkannt.

FriEnt-Aktivitäten

Unter anderem mit den Chancen und Risiken des Opferentschädigungs- und Landrückgabegesetzes beschäftigte sich der FriEnt-Rundtisch Kolumbien.

Das Opfer- und Landrückgabegesetz: Einen Schritt vorwärts? (Oktober 2011)

Mehr Gerechtigkeit per Gesetz? (Juni 2012)

Die deutsche EZ in der Region Macarena (August 2012)

Bei allen Problemen darf aber nicht vergessen werden, dass das Gesetz und die bei den Friedensverhandlungen beschlossene Landreform das Potential hätten, neue Räume und Prozesse für mehr Gerechtigkeit und eine zumindest teilweise Landrückgabe zu erschließen. Wenn der Schutz von Menschenrechtsverteidigern und Landrechtsorganisationen verbessert werden kann und Gewaltverbrechen im Zusammenhang mit Landrückgabeforderungen zurückgehen, dann steigen auch die Chancen einer effektiven Umsetzung des Gesetzes und einer Landreform in den Regionen. „Dazu ist vor allem eine klare Haltung und Unterstützung der nationalen Regierung notwendig. Sie muss gegen Korruption und bestehende Machtstrukturen zwischen politischen und ökonomischen Eliten, organisierter Kriminalität und bewaffneten Gruppen vorgehen und die Verantwortung für eine effektive Umsetzung des Gesetzes auf lokaler Ebene übernehmen“, so Susanne Breuer, Länderreferentin Kolumbien bei Misereor.

Internationale Akteure sollten die kolumbianische Regierung in der Notwendigkeit der Landrückgabe bestärken und auf die institutionellen Voraussetzungen für die Umsetzung des Gesetzes hinwirken. Vor allem aber ist Unterstützung gefragt, um den rückkehrenden Menschen Schutz und neue Perspektiven zu geben, damit sie sich eine Zukunft aufbauen können.